Das Ergebnis der Prüfung wird kritisiert. Insbesondere der Umstand, dass nur begünstigt wird, wer auch tatsächlich geklagt hat, wird bemängelt.

Es sei keine Frage von Kulanz, die Betroffenen zu entschädigen, wenn dieser Schaden auf einen Rechenfehler der Verwaltung zurückzuführen sei. Die Betroffenen hätten nur bedingt die Möglichkeit, dies zu erkennen und sich darauf zu berufen, zumal Widersprüche von der Verwaltung abgelehnt worden sind.

Die Verwaltung wird gebeten, ihre Haltung zu dieser Frage noch einmal zu überdenken.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras weist darauf hin, dass die entsprechende Gesetzesänderung zu den Straßenbaubeiträgen am 25.01.2018 verkündet und am 26.02.108 in Kraft getreten sei.

Er wird aufgefordert, nun zeitnah die Aufhebung der Satzung zu veranlassen. Er kündigt dazu eine Vorlage für die Ratsversammlung am 13.02.2018 an.

Es erfolgt Kenntnisnahme.